

18.50

Abgeordneter Werner Neubauer, BA (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Bundesminister! Ich habe das Thema Umweltverträglichkeitsprüfung in meinem Leben auf drei verschiedenen Ebenen kennengelernt: einerseits als Mitarbeiter beim Magistrat, andererseits als Bürger und zum Dritten als Politiker. Ich darf Ihnen sagen – es wird nicht überraschend für Sie sein –, alle drei dieser Positionen sind bis zum heutigen Tage unbefriedigend gelöst und man wird in jeder dieser drei Positionen unbefriedigt zurückgelassen.

Warum? – Ich darf Ihnen das anhand eines Beispiels, das mich als Linzer seit geraumer Zeit verfolgt, auch erläutern. Es geht um den Westring Linz – Frau Präsidentin Bures hinter mir war selbst Leidtragende dieses Projekts, weil sie viele Jahre damit zu tun hatte. Der Westring ist ein Projekt, das weit über Linz hinaus das schöne Mühlviertel über der Donau, Linz, Leonding und die Randgemeinden umfasst beziehungsweise umfassen hätte sollen. Man hat sich im Jahre 1983, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum ersten Mal darauf festgelegt und es dann in der Folge 2008 auch gesetzlich verankert.

Dann ist man darangegangen, eine sogenannte Umweltverträglichkeitsprüfung – das war damals relativ neu, und die Erfahrungen damit waren divergierend – einzuleiten. Wenn ich heute Versionen höre, die von sieben Monaten Verfahrensdauer, 16 Monaten Verfahrensdauer berichten, dann kann ich als gelernter Praktiker der Verwaltung, als Politiker und als Linzer Bürger darüber nur milde lächeln. Es war die erste Umweltverträglichkeitsprüfung, die sechs Jahre – bis 2014, meine sehr geehrten Damen und Herren – gedauert hat. Das heißt, von kurzen Verfahren, zumindest in diesem Bereich, war nicht zu reden.

Wir haben bis heute eine Wartezeit auf den Westring von insgesamt 35 Jahren. Man muss sich das einmal vorstellen! Es ist den Linzerinnen und Linzern sowie den Randgemeinden nicht mehr zumutbar. 35 Jahre warten die Menschen auf Entlastung, und bis heute ist sie nicht gegeben, weil die Verfahren immer noch offen sind. *(Ruf bei der FPÖ: Heute ist es entschieden worden!)*

Wir haben 35 Jahre Verzögerung, weil eine seltene Eidechse gefunden wurde, die dann sorgfältig umgebettet wurde. Daraufhin hat man Probebohrungen gemacht. Für diese Probebohrungen wurde ein kleines Waldstück entfernt, um eine Felswand freizulegen und an ihr eine Probebohrung zu machen. Daraufhin hat sich dort der Wanderfalke niedergelassen. Das wurde wiederum als weiterer Einspruch geltend gemacht und führte zu einer weiteren Verzögerung des Verfahrens. Als dann der Verwaltungs-

gerichtshof dieses Verfahren abschließen konnte, wurde plötzlich der seltene Biber entdeckt, den zuvor niemand gekannt hat. (*Zwischenruf des Abg. Rädler.*) Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich frage Sie ganz offen: Wo bleiben da die Interessen der Bürger der Stadt Linz? Wo bleiben die? (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Aus zahlreichen Gutachten geht hervor, dass diese Menschen schon seit 15 Jahren von zwei Drittel der Abgase befreit sein könnten, wenn das Projekt in Gang wäre. Die sollen dort im Dreck ersticken, während diejenigen, die das alles initiiert haben, mittlerweile in den Grünlagen rund um Linz wohnen, in Altenberg und Puchenuau.

Wenn Sie ansprechen, dass der Nachweis von 100 Leuten erforderlich sei, dann kann ich Sie fragen: Wissen Sie, wie viele Leute das jetzt 15 Jahre verzögert haben? – Es sind zwei, drei Leute, die in Puchenuau, in Altenberg und rund um Linz leben. Die erklären uns von außen, wie wir in Linz unsere Umwelt zu gestalten haben. Das kann es ja wohl nicht sein, meine Damen und Herren! (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Reden wir auch über die Kosten! Die ehemalige Frau Bundesministerin Bures hat wegen dieser Verzögerung aus Kostengründen zu Recht entscheiden müssen, den Bau des Nordteils des Westrings zu unterbrechen, weil sich die Kosten durch diese Verzögerung schon damals verdreifacht hatten. Zahlen das die Leute der NGOs? Stehen die jetzt dafür gerade, dass diese Kosten getragen werden müssen? – Sie stehen nicht dafür gerade. Die Bürgerinnen und Bürger des Staates Österreich haben das zu bezahlen: eine Verdreifachung der damals errechneten Baukosten, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Diese Bundesregierung ist angetreten, in diesen Fällen Verwaltungsvereinfachungen für alle Bürgerinnen und Bürger in Angriff zu nehmen. Justizminister Moser hat zugesagt, alle möglichen Irrungen und Wirrungen des Verwaltungswesens aufzustöbern und gelegentlich auch einen Vorschlag hier ins Parlament zu bringen. Ich komme aus der Verwaltung und bin der Meinung: Wir haben in der Gewerbeordnung seit über 20 Jahren die Regelung – diesbezüglich habe ich von da drüben (*auf die Reihen der Oppositionsparteienweisend*) noch nie irgendwelche Kritik erhalten oder gehört –, dass es eine ganz klare Trennung zwischen einer Parteienstellung und einem Beteiligten im Verfahren gibt. Das haben wir in der Gewerbeordnung schon seit über 20 Jahren so gehandhabt, meine Damen und Herren. Warum es heute bei dieser Regelung plötzlich zu dieser großen Aufregung kommt, kann ich, ehrlich gesagt, inhaltlich nicht nachvollziehen. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Im diesem Sinne: Fassen wir hier Beschlüsse im Sinne der Bürger, zum Wohle der Bürger und lassen wir diese Diskussion bitte sein! (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

18.57

Präsidentin Doris Bures: Frau Dipl.-Ing.ⁱⁿ Martha Bißmann gelangt als Nächste zu Wort. – Bitte.